

Grußwort

Die Pflege steht seit Jahren ganz oben auf der Agenda der politischen, gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussionen – und auch die nächsten Jahre werden weitere massive Veränderungen bringen. Als Gesellschaft, Wissenschaft und Politik müssen wir die Frage beantworten, wie die Pflege angesichts der Veränderung von Bedarfen, Familienstrukturen und steigenden Ausgaben zukünftig gestaltet werden kann.

Es gibt immer mehr Patienten und pflegebedürftige Menschen mit unterschiedlichen Bedarfen, die sich mit den bestehenden Strukturen nicht angemessen versorgt fühlen. Ihr Versorgungserleben muss die Grundlage neuer Versorgungskonzepte werden. Dabei gilt es auch dem Wunsch pflegebedürftiger Menschen und ihrer An- und Zugehörigen nach einer Versorgung in der eigenen Wohnung gerecht zu werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass Pflege, Familie und Beruf nebeneinander möglich werden.

Grundlage dafür muss die stetige Umsetzung des mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeleiteten Paradigmenwechsels in allen Versorgungsbereichen sein: weg von der Bevormundung der Pflegebedürftigen hin zu individueller Unterstützung bei der Gestaltung des Alltags mit Pflegebedürftigkeit. Mehr Wahlmöglichkeiten, mehr Eigenverantwortung und mehr Selbstbestimmung sind dazu erforderlich.

Das heißt aber auch, dass das Denken in kleinen tradierten Kästchen endlich der Vergangenheit angehören muss. Eine hochwertige, flächendeckende Versorgung werden wir nur dann dauerhaft sicherstellen können, wenn wir die Prozesse, Aufgaben und Zusammenarbeit zwischen den Berufen und Bereichen neu justieren. Interprofessionelles Teamwork in der Praxis und in der Ausbildung, Digitalisierung und Vernetzung, aber auch eine konsequente Einbeziehung von Kommunen, Ehrenamt und Familien sind der Schlüssel.

Dazu bedarf es nicht zuletzt eines neuen Beratungsverständnisses. Die Beratung darf nicht länger nur ein Annex der Sach- und Geldleistungen sein, sondern muss als eine eigenständige und gleichwertige Leistung der Pflegeversicherung verstanden werden. Denn ohne sie ist das Ziel der Pflegeversicherung, Pflegebedürftigen ein möglichst selbständiges, selbstbestimmtes und würdevolles Leben zu ermöglichen, in den meisten Fällen nicht zu erreichen.

Auch die Medizinischen Dienste der Krankenversicherung oder, wie sie nach dem am 1. Januar 2020 in Kraft getretenen Gesetz für bessere und unabhängige Prüfungen (MDK-Reformgesetz) zufolge künftig heißen werden, die Medizinischen Dienste müssen diese Entwicklungen nicht nur nachvollziehen, sondern aktiv fördern. Mit den Begutachtungen für die Einstufung in einen Pflegegrad und den externen Prüfungen der Qualität von Pflegeeinrichtungen haben sie eine Schlüsselrolle in der Pflege. Der Übergang von der reinen Kontrolle zur Beratung wurde darin mit dem neuen Qualitätssystem in der Pflege bereits vollzogen. Ihn gilt es nun in der Praxis mit Leben zu füllen.

Um ihren Aufgaben mit der gebotenen Verlässlichkeit für pflegebedürftige Menschen, ihre An- und Zugehörigen, aber auch die Pflegeeinrichtungen nachzukommen, benötigen die Medizinischen Dienste vor allem zwei Dinge: unbedingte Unabhängigkeit und Fachlichkeit. Dem MDK-Reformgesetz entsprechend werden deshalb die Medizinischen Dienste organisatorisch von den Kranken- und Pflegekassen getrennt. Die Medizinischen Dienste werden damit in die Position eines eigenständigen Akteurs in der Pflege gebracht – eine Herausforderung, aber auch eine Chance, ihre Fachlichkeit mit neuem Nachdruck einzubringen.

Dass die Medizinischen Dienste diese Herausforderung annehmen, zeigt sich auch in der nun vorliegenden vierten Auflage des Handbuchs zur Pflegeversicherung, in der nicht nur ein umfassender Überblick über die Pflegeversicherung, sondern zusätzlich der für die Weiterentwicklung nötige Blick über den Tellerrand enthalten sind. Ich bin mir sicher, dass das Handbuch damit nicht nur ein wichtiges Nachschlagewerk sein wird, sondern darüber hinaus wichtige Impulse für die Zukunft der Pflege gibt.

Staatssekretär Andreas Westerfellhaus
Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege